

Darlehnsstellen
zu Verkauf
Sammlung

den 8. November
im "Bürgerzeitung"
für die Mitglieds-
schaft:
rechnung und Bilanz
der Verteilung der
Aufwertung.
beruht für Statuten
des Vorstands und
der.

heute ab bis zum
offenstehende zur Ein-
sicht.
der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

der Generalversammlung
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft
für die Mitgliedschaft

Bocholter - Borkener Volksblatt

Veröffentlichung des
Bocholter Volksblattes
am 7. November 1927
Bocholt, Kreis Bielefeld
Verlag: J. B. Metzger
Preis: 10 Pf.

Nummer 306

Montag, den 7. November

Jahrgang 1927

Das „Wunder“ Poincaré.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

X. Paris, Anfang November.

Ueber ein Jahr schon hält sich die de facto-Stabilisierung des Francs. Herr Poincaré bewahrt sich immer ein von seinem Finanzminister der Republik je erreichtes Prestige. Er genießt das blinde Vertrauen des Volkes, das sich auch bisher durch die parlamentarische Kritik an seinen Finanzplänen nicht irre machen ließ. Man hat von Poincaré gesagt, wenn es ihm einfiel, auf einem Drahtseil zu wandeln, würde das ganze französische Volk ihm folgen. In der Tat glaubt der durchschnittliche Franzose noch heute an das „Wunder“ Poincaré, wie er an das „Wunder der Marne“ glaubt.

Aber die Kritik der Vernunft läßt sich doch nicht so ganz abtun und wenn man auch das Wunder anerkennt, muß doch der Franc durch eine sehr geschickte Finanzpolitik (Gleichgewicht des Budgets, Steuererhöhungen, Ankauf großer Massen von Gold und hochvalutarischen Devisen) ein Jahr lang auf derselben Höhe gehalten worden ist, so ist es doch erlaubt, sich die Frage vorzulegen, ob das Wunder noch eine lange Fortsetzung haben wird.

Wenn der Franc sich auch dem Pfund gegenüber auf seinem Kurs hält, so muß man doch feststellen, daß sein innerer Wert seit einiger Zeit gesunken ist. Die Preise wollen sich mehr und mehr Weltmarktpreisen angleichen und die Anerkennung dieses Faktums seitens der Regierung liegt in einer Erhöhung der Beamtengehälter, die aber von den Beamten selbst als ganz ungenügend bemerkt werden. Zugleich gibt, wie bei Gehaltserhöhungen immer, auch überall ein stürmisches Begehren nach Lohnerhöhungen. Was wird die Folge sein? Herr Poincaré wird höhere Steuern verlangen und das entsteht die Frage, ob nicht der Punkt schon überschritten oder doch nahe am Überschreiten ist, wo die Möglichkeit der Steuererhöhung ihr Ende hat — wenn man sie nicht, wie es in Deutschland unglücklich genug der Fall war, durch Inflation möglich macht, also die Steuer selbst steigend entwerfen. Nun scheint es aber, daß die Poincaré'sche Steuerpolitik nicht vor diesem toten Punkt steht.

Im August 1927 haben im Vergleich zum August 1926 folgende Steuern Minuserträge gebracht. (Wir verzichten auf eine vollständige Aufzählung). Also:

Direkte Steuern	1.785.000 Frs.
Einkommensteuer	46.806.000 Frs.
Stempelsteuer	4.886.000 Frs.
Steuer auf Börsengeschäfte	23.450.000 Frs.
Umsatzsteuer	30.107.000 Frs.
Steuer auf Benzol u. Petroleum	7.326.000 Frs.
Steuer auf Schweröl	8.800.000 Frs.

Besonders bemerkenswert ist der Rückgang des Einkommens, das vor allem eine Umsatzsteuer auf Verkauf von Grundstücken und Geschäften ist. Dieser Rückgang zeigt eine Lähmung des Geschäftslebens, einen Einbruch, der noch verstärkt wird, wenn man dazu den Rückgang der Umsatzsteuer und der Steuer auf Börsengeschäfte nimmt. Bei den Börsengeschäften ist der Rückgang umso bedenklicher, weil der Steuerfuß um 40 Proz. gegen das Vorjahr erhöht worden ist. Hier scheint wirklich der Fall eingetreten zu sein, daß die Steuer die Steuer aufreißt.

Aber auch sonst zeigen sich unheilvolle Anzeichen. Die Einnahmen der französischen Eisenbahnen sind in den ersten acht Monaten des Jahres 1927 um rund 18 Proz. gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres zurückgegangen. Die Handelsbilanz zeigt ungünstige Verhältnisse gegen das Vorjahr. In den ersten acht Monaten hat sich die Einfuhr der zur Verarbeitung durch die Industrie bestimmten Rohmaterialien um 5% Milliarden Francs vermehrt. Das bedeutet eine gewaltige Wunderrückgang der französischen Produktion, soweit sie Verarbeitung und Veredelung ist. Dem entspricht in demselben Zeitraum eine Verminderung der Ausfuhr von Fabrikaten von 2% Milliarden.

Ernst Kritiker werfen Poincaré vor, daß er über den finanztechnischen Ausbau der Francstabilisierung den wirtschaftlichen Unterbau vergesse. Sie weisen auf die alte Wahrheit hin, daß ein Finanzminister, der die Schaffensschere nicht, vor allem dafür sorgen muß, daß ihnen auch die gute Waise wachse. In dieser Hinsicht, sagen sie, hat Poincaré nichts getan. Keinerlei große Arbeit, die das Lande Wohlstand fördern kann, ist von ihm unternommen worden. In wirtschaftlicher Richtung läßt er die Dinge gehen. Das kann dann einen besonders scharfen Rückschlag geben, wenn Poincaré von der faktischen Stabilisierung zur gesetzlichen übergehen will, eine Maßregel, die er ja immer als sein Endziel bezeichnet. Vielleicht liegt es der Kunst Poincaré's und seiner sehr tüchtigen Mitarbeiter, noch die Risse im Gebäude zu verdecken, worunter natürlich kein Verschmieren oder Verleihen zu verstehen ist. Gelingt das aber nicht, so werden sie sich immer mehr erweitern, die Wunderrückgang des inneren Wertes des Francs zum Stabilisierungskurs wird immer größer, was dann auch ein Wanken und Wackeln des äußeren Kurses zur Folge haben muß. Kame es dazu, so könnte Poincaré sich nicht mehr lange halten und er würde seinem bedauernswerten Nachfolger eine sehr schwere, ja unlösbar erscheinende Aufgabe hinterlassen.

Reichsschulgesetz und Deutsche Volkspartei.

Formulierte Anträge.

Ohne ihre Annahme keine Zustimmung der volksparteilichen Fraktion zur Schulvorlage.

Berlin, 6. Nov. Gegenüber einer Reduktion des Reichsschulgesetzes um eine Privatarbeit des Abgeordneten Dr. Kunkel handelte, die der Reichsinnenminister von Reuß unmittelbar nach Kenntnisnahme wieder zurückgegeben habe, stellt die „Tägliche Rundschau“ fest, daß diese Darstellung völlig unzutreffend sei. Es handele sich überhaupt nicht um die Forderungen in Gestalt einer Denkschrift, sondern um die Stellung von Anträgen, die den bekannten Forderungen der Deutschen Volkspartei entsprechen. Die Anträge, die dem Reichsinnenminister vorliegen und im Laufe der letzten Woche bei der Einzelberatung auch zur Verhandlung kommen würden, seien keineswegs eine Privatarbeit des Abgeordneten Dr. Kunkel, sondern in voller Uebereinstimmung mit der Fraktion und der Parteileitung gestellt. Von ihrer Annahme werde die Deutsche Volkspartei ihre Zustimmung zu dem gesamten Gesetzentwurf abhängig machen.

Abstimmung zum Schulgesetz.

1) Berlin, 5. Nov. Im Bildungsausschuss des Reichstages wurde in der Einzelberatung des Schulgesetzentwurfes § 1 weiter erörtert. Abg. Heinländer (Z.) gab zu, daß aus Artikel 120 der Verfassung die Schule abgeteilt werden könne, eine indirekte Verbindung mit Artikel 146 sei aber doch gegeben. Das Elternrecht habe seine Grenzen an den Interessen des Kindes und den Interessen des Staates. Die Schulverfassung solle die elterliche Erziehung unterstützen. Abg. Rönneburg (D.) verlangte im Gegenzug dazu, daß im § 1 das Vorrecht des Staates zum Ausdruck komme. Die Volkspartei wolle nicht ein

Verzögerung des Elternwillens werden. Abg. Harnisch (K.) bekämpfte das vom Abgeordneten Heinländer propagierte Elternrecht. Namens der Deutschen Volkspartei erklärte Frau Dr. May, man müsse an der Staatschule festhalten. Staatssekretär Zwiemann interpretierte den § 1 dahin, daß er den Eltern und Lehrern kein besonderes Recht geben wolle. Dieser Paragraph sei nur von programmatischer Bedeutung.

Abg. Dr. Löwenstein (Zp.) bekämpfte den Änderungsantrag der Regierungsparteien, der eine Berufung auf Artikel 120 in den § 1 einfügen will, um den Elternwillen in der Schule zur Geltung zu bringen. Der Redner polemisierte gegen den Satz Harnisch's, „Elternrecht bricht Staatsrecht“ und erwiderte von den übrigen Regierungsparteien dieselbe Erklärung wie die von Frau Dr. May.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) erklärte, das staatspolitische Programm des Katholizismus müsse erkennen dem Staate das Recht auf die Schule zu, aber es wolle dieses Recht mit dem der Familie und der Genossenschaft in Verbindung bringen.

Abg. Dr. Rosenbaum (Komm.) bemängelt die Ausfüllung der Reichsregierung.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) hält den Änderungsantrag der Regierungsparteien für noch gefährlicher als den Regierungsentwurf.

Abg. Dr. Löwenstein (Zp.) blieb gegenüber Dr. Schreiber bei seiner Auffassung, daß die katholische Kirche das Privatrecht auf die Schule für sich beanspruche. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge wurden schließlich abgelehnt.

§ 1 Abs. 1 erhielt folgende Fassung: „Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schulpflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturgesetzes im Geiste des deutschen Volkstums der Volk- u. Völkerverständigung zu körperlicher und geistiger Tüchtigkeit heranzubilden und sie in Unterweisung und Ergänzung der von den Eltern zu leistenden Erziehung (Artikel 120 der Reichsverfassung) zu sittlich wertvollen Menschen und zu Staatsbürgern zu erziehen, die fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.“

Der Hinweis auf Artikel 120 geht auf den Antrag der Regierungsparteien zurück, die Erziehung der Völkerverständigung auf einen angenommenen demokratischen Antrag, die der Volkspartei auf einen Antrag der Regierungsparteien, Weiterberatung Donnerstag.

Die Neugliederung des Reichs - kulturpolitische Notwendigkeit?

Kultusminister Dr. Vester fordert den Einheitsstaat.

Berlin, 6. November.

Die Deutsche Hochschule für Politik hielt gestern in dem festlich geschmückten Saal der Singakademie ihre Jahresfeier ab, zu der der Reichskanzler, Ministerpräsident Braun, Vertreter des diplomatischen Korps, der Parlamente, der Wissenschaft und der Wirtschaft erschienen waren. Nach einer Begrüßungsansprache von Professor Dr. Jachmann nahm Kultusminister Dr. Vester das Wort zu einer feierlichen Rede, in der er die Aufgabe der Hochschule für Politik als eine der kulturellen Erneuerung des Reichs bezeichnete. Er führte u. a. aus: Zurzeit steht unser Volk noch, das ihm die Wahl bleibt zwischen Föderalismus und Unitarismus. Wir werden ein Einheitsstaat sein oder nicht mehr sein. Eine kommende Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse darf gewiß nicht dazu führen, die staatsrechtliche Verhältnisse und die historische Mannigfaltigkeit der deutschen Kultur in das Vorurteil der Zentralisierung zu zwingen. Aber wir stehen vor der Frage:

Wollen wir aus partikularistischen Interessen unsern ungewinnlichen und kostspieligen Verwaltungsapparat, oder wollen wir die deutsche Kultur erhalten?

Reichs neben einander können wir nicht. Das haben die Erfahrungen aus Anlaß der neuen Verfassungsordnung allen Verantwortlichen geradezu schmerzhaft zum Bewußtsein gebracht. Die Personal- und Verwaltungsstellen sind so groß, daß die Sachaufgaben und die Breite der Wirkung verfallen müssen, was wir uns einige Jahre als Übergangsstadium ertragen werden, auf die Dauer aber bedenklich ist. Die nationale Selbstbehauptung, Forderungen der Wirtschaft und des Verkehrs, von anderen ganz zu schweigen, haben schon in den unitarischen Tendenzen der Weimarer Verfassung ihren staatsrechtlichen Niederschlag gefunden. Gegen den durch Selbstverwaltung gekennzeichneten Unitarismus sprach eigentlich die historische Kulturautonomie der Länder. Die Weimarer Verfassung hat uns die kulturpolitische Zukunft anvertraut, das Reichsgebot, und damit muß anerkannt werden, daß Reichstag und Reichsregierung manches getan haben, namentlich auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kunst, der Zeit der Zeit zu steuern und die Arbeit der Länder zu ergänzen. Eine Zeitlang schien sich diese Weisheit zwischen dem Reich und den Ländern zum Segen der geistigen Kultur auszuwirken. Bei tieferer Kenntnis der Verhältnisse kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß die zurzeit zwischen Reich und Ländern bestehende Kompetenzteilung nicht zum Segen, sondern zum Schaden unserer Kultur ausschlagen muß und

deshalb fordern in den Einheitsstaat gerade vom Standpunkt der Kulturpolitik aus. Das Reich hat die kulturpolitische Grundgesetzgebung und den Geldbeutel; die Länder haben

beschränkte Mittel, dafür aber den praktischen Sachverstand, die Tradition, die Verwaltung und die Persönlichkeit. Diese Verteilung ist vollkommen sinnvoll. Aber das Reich noch vornehmen kann zurzeit eine geschlossene und wirklich großartige Kulturpolitik treiben, eine wie Frankreich, Italien oder selbst kleinere Länder, die zum großen Nutzen ihrer Völker eingeleitet haben. Gewiß besteht der beste Wille zur Zusammenarbeit, aber der Apparat der gemeinsamen Willensbildung und der finanziellen Kooperation ist unermesslich so verwickelt, daß Deutschland zurzeit weder nach außen noch nach innen eine wirklich großartige Kulturpolitik treiben kann. Die Einheit kann geschaffen werden, einmal dadurch, daß das Reich seine finanzielle Überlegenheit ausnützt und die Länder langsam ausstößt. Diese alte Verwickelungspolitik wäre für Preußen untraglich. Nein,

wir brauchen einen neuen Reichsdeputationshaupthalb.

Ein großer staatsrechtlicher Akt muß aus der Erkenntnis des unerlöschlichen historischen Zwangs heraus seine Gestalt nehmen. Man werde nicht ein: Bayern wird das nie mitmachen. Die Bayern sind eben so große Deutsche wie wir, und der kulturelle Hochstand, namentlich Münchens, ist langere Zeit lang ein Reichsrecht mit Weltgeltung, eine einheitliche Kulturpolitik, die wir ein einheitliches Recht hatten. Wir können jahrbüchertlang ein Einheitsstaat sein, ohne ein einheitliches Schulrecht. Gerade die bunte Mannigfaltigkeit der preussischen Kulturverhältnisse beweist, daß ein großer deutscher Staat politisch einheitlich sein kann, ohne die stammes- und historische Verschiedenheit seiner Einzelteile irgendwie zu verneinen. Eine starke Vereinheitlichung des Apparates könnte die kulturelle Zentralisation,

das heißt die geistige Selbstständigkeit der historischen Stätten und der verschiedenen deutschen Stämme sogar einseitiger fördern als die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes. Bis dahin ist ein weiterer Weg, eine ungeheure politische Denkarbeit muß dazu geleistet, vor allem unser Volk psychologisch darauf vorbereitet werden. Hier mitzuarbeiten, scheint mir die vornehmste Aufgabe einer wahrhaft deutschen Hochschule für Politik.

Der preussische Kultusminister hat in diesem Vortrag einen zweifellos beachtlichen Beitrag zu einem in letzter Zeit von zahlreichen Verfassungskritikern behandelten Thema geliefert. Aus Süddeutschland, und nicht nur aus Bayern, ist es freilich lustig entgegengesetzt. Noch in der letzten Woche hat beispielsweise der württembergische Staatspräsident Baillie sich mit aller Schärfe gegen den Einheitsstaat ausgesprochen. Wir sind der Meinung, daß das viele Reden über dieses

Problem wenig Sinn hat. Man sollte doch endlich einmal klar ausrechnen, wieviel Millionen Mark durch die unitaristische Umgestaltung der Verwaltung des Deutschen Reiches jährlich gespart werden können. Erst dann kann man auch zu der von Dr. Vester aufgeworfenen Frage Stellung nehmen, ob man den kostspieligen Verwaltungsapparat oder die deutsche Kultur erhalten wolle. Daß die Kultur dem ohne Zweifel reformbedürftigen Verwaltungsapparat vorzuziehen hat, ist selbstverständlich. Die Frage ist nur, ob die Erhaltung der Kultur nicht ohne Umwandlung der Struktur Deutschlands vom Föderativ- zum Einheitsstaat möglich ist. Denn der Verwaltungsapparat kann doch durchaus weniger kostspielig gestaltet werden, ohne daß man die bestehende Gliederung des Reiches in Länder radikal erschüttert und Reichsprovinzen an ihre Stelle setzt.

Einigung der Regierungsparteien über die Beamtenbefolgung.

Stettin, 6. Nov. In einer von dem hiesigen Gewerkschaftsverband der Deutschen Volkspartei einberufenen öffentlichen Beamtenversammlung teilte Reichstagsabgeordneter Morath mit, daß es zwischen den Regierungsparteien am Freitag hinsichtlich der zur Beamtenbefolgungsreform zu stellenden Anträge zu einer Einigung gekommen sei. In der Frage der Wohnungsgeldzuschüsse werde man u. a. fordern, daß diese an alle ledigen Beamten über 45 Jahre in voller Höhe gezahlt werden. Bezüglich der unehelichen Kinder werde man für Beibehaltung des bisherigen Zustandes eintreten. Man werde ferner beantragen, daß in das Gesetz eine Bestimmung eingefügt wird, die die Einbeziehung der Bezüge aller Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen in etwa längere Befolgungsbeschwerden garantiere. Ueber die tatsächliche Erhöhung der Einkommen äußerte sich der Redner dahingehend, daß man übertriebene Forderungen angesichts der Finanzlage des Reiches nicht stellen dürfe. Sollte die Opposition aber im Reichstag aus agitatorischen Gründen sehr weitgehende Anträge stellen, so werde man in Preußen, wo sich diese Opposition in der Regierung befindet, genau dieselben Anträge stellen.

Graf Westarp zur Kanzlerrede.

Bismarcks, 6. Nov. Vor einer deutschen Nationalen Versammlung in Bismarcks hielt Graf Westarp heute eine Rede, in deren Hauptteil er zu der Kaiserlichen Rede des Reichskanzlers Dr. Marx Stellung nahm. Er erklärte, der Reichskanzler habe anerkannt, daß die jetzige Koalitionsregierung ruhige, politische vernünftige und erfolgreiche Arbeit geleistet habe. Dem könne er nur zustimmen. Nun würde es nahe liegen, daß eine Koalition, die so gearbeitet habe, sich durch die Wahlen die Mehrheit für die Fortsetzung solcher Arbeit zu sichern suche. Das Zentrum habe solche Gedanken schon wiederholt abgelehnt. Auch der Reichskanzler habe erneut betont, daß das Zentrum ohne jede Bindung in die Wahlen hineingehen werde. Er habe durchblicken lassen, daß er sich vorbereite, sich nach den Wahlen mit den Sozialdemokraten zu verbünden und hinzuzufügen: Ein Aufruf zum gemeinsamen Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die den Klassenhaß begrabende Linke werde im Zentrum seinen Anklang finden. Graf Westarp erklärte dann wörtlich: „Es ist nicht meine Aufgabe, zu untersuchen, wie weit für das Festhalten des Zentrums an solcher Politik der Mitte neben grundsätzlichen Erwägungen seine inneren Parteiverhältnisse, sein Interesse an der Regierungskoalition in Preußen und die parlamentarische Machtstellung maßgebend ist, die ihm aus seiner Doppelstellung als Partei der Mitte erwächst. Wir müssen uns als rechte Mittelpartei und infolge unserer grundsätzlichen Auffassung bei der kommenden Wahl andere Aufgaben stellen. Wir sind der Meinung, daß wie die Erfahrungen der letzten Jahre bezeugen, die Mitte nur mit uns und nicht mit der Sozialdemokratie feste Regierungsbündnisse aufbauen kann, wie sie sich in der ruhigen, politischen vernünftigen Arbeit der jetzigen Koalition bewährt haben. Deren Erfolge würden noch besser und gesicherter sein, wenn sie nicht durch die sozialdemokratische Vorherrschaft in einzelnen Ländern, insbesondere in Preußen, dauernd gefährdet und gefährdet würden. Wir lehnen auch den Gedanken ab, daß man den deutschen Arbeiter durch Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie in die verantwortungsvolle Mitarbeit am Staate und in die Volksgemeinschaft hineinziehen könne. Wir ringen mit der Sozialdemokratie und Kommunistischen Partei um die Macht der Mehrheitsverhältnisse im Parlament, und wir suchen sie innerlich zu überwinden. Das sind die Aufgaben, denen unter Kampf des Wahljahres 1928 dienlich zu machen ist. Die eigentliche Wahlparole wird sich erst aus der Lage bei Aufhebung der Wahl ergeben.“

Der Widerhall der Aktion Gilberts in New York und Paris.

Wie ein Funken aus New York berichtet, bilden dort das Memorandum Gilberts und die deutsche Antwortnote eine Sensation. Einige führende Zeitungen veröffentlichen nicht weniger als 16 Zeitungsseiten über die Aktion des Reparationsagiten. Das muß aber hervorgehoben werden, daß das Memorandum Gilberts in vollem Wortlaut veröffentlicht wird, während man der deutschen Antwort nur verhältnismäßig wenig Raum gibt. Wie ferner aus Paris gemeldet wird, begünstigen die Sonntagsmorgenblätter im allgemeinen mit langen Auszügen und noch sehr launischen Kommentaren zu dem Memorandum. Einigeblätter unterstreichen zwar den Willen Deutschlands, den Dawes-

(.) Ribensch
Der Chauffeur
mühle und V
Schnippering,
mobilmassall er
Schmidt aus
zum Opfer ges
der Bakkrast
der von dem
schast Schnitp
zwischen Scha
war mit leere
langsamem Ze
sch in gleich
Anfänger, de
Wagen zu üb
recht sahren,
zum Ueberhol
Firma Abami
hoch) in den
untergefuhrst
etwa 40 Sent
keiten, den ver
Wagen lag, a
einer Viertelst
sofort tot g
einen Schwere
geh und Ertit

